



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/123 - 30.5.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

Europa-Idee als Fassade	S. 1
Franco und der Katholizismus	S. 3
Gestörter Schulfrieden in Baden-Württemberg	S. 4
Kirche und Arbeiterschaft	S. 6

Straßburg sekundiert

Von Dr. Karl Mommer, M.d.B.

Seit acht Tagen werden in der Straßburger Versammlung wieder Reden gehalten, während die Regierungen politische Handlungen großen Stils vollziehen. Es zeigt sich in Straßburg immer mehr, welches die Funktion dieser Versammlung ist: Sie ist ein Organ zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung, eine Art Propagandainstitution der westlichen Machtpolitik in Europa. Diese Machtpolitik wird hier mit europäischer Phraseologie verkleidet und der öffentlichen Meinung, insbesondere der deutschen, mundgerecht gemacht.

Die in Straßburg von Churchill lancierte Idee der Europa-Armee hat ihren Weg gemacht. Ganz außerhalb der Versammlung wurde der Vertrag über die europäische Verteidigungsgemeinschaft fertiggestellt und unterzeichnet. Die Versammlung hatte so sehr ihre Schuldigkeit getan, daß die sechs Regierungen jetzt keine Diskussion über dieses Thema mehr wollten. Trotzdem hat die Versammlung die Verteidigungsgemeinschaft zum allen wichtigen Punkt der Beratungen dieser Woche gemacht. Die Regierungen haben sich kleinlich vor der Kritik der Parlamente im einzelnen gefürchtet. Diese Kritik fehlt auch nicht. Ein Hauptkummer bleibt auch für die von der Europaarmee und ^{für} die Montanunion begeisterten Parlamentarier die wachsende Ausschaltung der Parlamente aus der

europäischen Politik. Die Parlamente begeben sich mit der Ratifikation der Verträge entscheidender Rechte, so in der Wirtschaftspolitik, im Haushaltsrecht und in der Wehrpolitik, ohne daß diese Rechte an ein europäisches Parlament übergangen. Die Parlamente entmachten sich selbst zugunsten der Technokratie der europäischen Regierungen und der europäischen Institutionen.

Solche Kritik ändert nichts daran, daß die große Mehrheit der Delegierten die Propagandatrommel für die Verträge weiter rührt. Dabei ist das Feuer auf einen Punkt konzentriert worden: Die Vorwegentscheidung darüber, ob man die Wiederherstellung der deutschen Einheit mit dem Risiko der außenpolitischen Handlungsfreiheit einer gesamtdeutschen Regierung betreiben oder ob man den westlichen Teil Deutschlands militärisch an die Westmächte so binden soll, daß die deutsche Einheit erst gar nicht zustande kommen kann.

Die Mehrheit ist der Meinung, daß man die militärischen Bindungen Westdeutschlands umso schneller betreiben müsse, als dadurch die "Gefahr" der Wiedervereinigung Deutschlands mit eventueller militärischer Neutralisierung beseitigt werde. Die deutsche Einheit in Freiheit, in Freiheit auch gegenüber dem Westen, scheint den meisten Westeuropäern gefährlicher und verdammenswerter zu sein als die Verewigung der Spaltung Deutschlands. Für sie wiegt die Befreiung der 18 Millionen Deutscher unter kommunistischer Diktatur, wiegt die Zurückdrängung der Russen mindestens bis an die Oder und die Entspannung der Lage in Europa nicht sehr schwer.

Man fürchtet in Straßburg noch sehr für das endliche Zustandekommen der E.V.G. In Frankreich sind die Chancen der Ratifizierung gering, wenn England nicht dabei ist. Daher der zweite, wichtigere Punkt auf der Tagesordnung: Der Eden-Plan, der eine engere Bindung Englands an die E.V.G. erlauben soll. Ohne Rücksicht auf deutsche Gefühle wird weiter in einer EntschlieÙung zum Verteidigungsvertrag die französische Forderung nach einer amerikanischen Garantie gegen das Ausbrechen eines "Mitgliedsstaates", lies Deutschland, übernommen. Und schließlich fürchtet man für den Bestand der E.V.G., wenn keine politische Behörde die mit der Verteidigung zusammenhängenden außenpolitischen Entscheidungen den Nationalstaaten - lies Deutschland - abnimmt. Der im § 38 des Verteidigungsvertrages vorgesehene Weg erscheint als zu lang. Man will schneller zum Ziele

kommen mittels eines parlamentarischen Rates, der aus den Delegierten der Straßburger Versammlung durch ein Abkommen der sechs Regierungen sofort gebildet werden soll. In einem Gegenplan schlägt P.H. Spaak vor, daß der Versammlung der Montan-Union, die bald gebildet werden wird, die Rolle des "Constituante" übertragen wird.

Es wird von den westlichen Regierungen gern gesehen, wenn die Straßburger Versammlung ihren machtpolitischen Plänen sekundiert. Ideen und Forderungen, die sich in diese Pläne nicht einfügen, werden dagegen von Sachverständigen in den Aktenschränken der Ministerien begraben. Echte europäische Anliegen ohne Hintergedanken haben keine Aussichten, über das Stadium der großen Reden hinauszukommen. Die Jugend hat nicht darauf gewartet, eine europäische Uniform anziehen zu können. Sie möchte die Schlagbäume an den Grenzen verschwinden sehen, die jetzt für Personen, Güter und Ideen nur schwer zu übersteigen sind. Jetzt soll sie die europäische Uniform anziehen, aber die Befreiung von der Visumschikane wird ihr stur verweigert. Man will gern billige deutsche Kohlen ohne Zoll über die Grenzen gehen lassen, aber auch die bescheidensten Pläne zum Abbau der Zölle auf dem Wege zu einer Wirtschaftsunion haben nicht die geringste Chance einer ernsthaften Bearbeitung durch die Regierungen. In der Straßburger Versammlung fehlt es nicht an gutem Willen, aber ihre Macht reicht nicht aus, um auch nur so simple Dinge wie den Inlandtarif für Postkarten im europäischen Verkehr durchzusetzen.

Das Ansehen der Versammlung ist sicher nicht gewachsen, als es sich diese Woche zeigte, daß es ihr unmöglich war, sich auf einen Präsidentschaftskandidaten zu einigen. Im dritten Wahlgang wurde der französische christliche Sozialist de Menthon mit weniger als der Hälfte der Stimmen gewählt. Damit hat - übrigens mit Hilfe der Stimmen der deutschen bürgerlichen Delegierten - die Versammlung nun zu einem französischen Generalsekretär auch noch einen französischen Präsidenten und die Kritik, die schon bisher an dem übergroßen französischen Einfluß in Straßburg allgemein geübt wurde, wird noch heftiger werden. Die gesamte Entwicklung dieser noch nicht drei Jahre alten Institution scheint trotz aller Belebungsversuche dahinzugehen, als propagandistisches Anhängsel der wirklichen Politik ein von der Öffentlichkeit immer weniger beachtetes Dasein zu fristen.

Ein Eucharistischer Parteikongreß

Von unserem spanischen R.R.-Mitarbeiter

Der diesjährige Eucharistische Kongreß fand in Barcelona statt. In der katholischen Presse, insbesondere in Frankreich, haben sich Protest-Stimmen gegen diese Wahl eines Tagungsortes erhoben, der unausweichlich dem politischen Druck eines totalitären Regimes ausgesetzt ist. Doch die Proteste und Bedenken, unter anderen des bekannten französischen Schriftstellers François Mauriac, kamen viel zu spät und blieben überdies vereinzelt. Die in Frage kommenden obersten kirchlichen Behörden haben hierüber vor Jahr und Tag entschieden. Dabei hat unzweifelhaft die Tatsache eine Rolle gespielt, daß kein Staat in der Welt der katholischen Kirche eine derart privilegierte Stellung einräumt wie Spanien unter dem Regime der "Falange". Man muß selbst in der, stets finsternen, Geschichte Spaniens um ein volles Jahrhundert zurückgehen um Beispiele für die Anwendung des Prinzips der Staatsreligion zu finden, die den heutigen Zuständen entsprechen.

Diesem unbestrittenen Vorteil für die katholische Kirche steht aber dennoch die Tatsache gegenüber, daß auch der "Falange"-Staat, ebensowenig wie seinerzeit Mussolini oder Hitler, nicht darauf verzichten kann, seine allein seligmachende Staatspartei und die ihr botmäßigen Organisationen bei jeder Gelegenheit zur Geltung zu bringen. Es war daher unvermeidlich, daß aus der religiösen Veranstaltung eines Eucharistischen Kongresses in Barcelona eben eine Art Parteiveranstaltung der Staatspartei wurde. Tausende von Arbeitern wurden unter dem wohlwollenden Schutze der Bürokratie der sogenannten "vertikalen" Gewerkschaften nach Barcelona verfrachtet um, selbstverständlich im Rahmen dieser der Deutschen Arbeitsfront ähnlichen Organisation, an einem großen Umzug teilzunehmen. Zu ihnen gesellten sich 10000 Jugendliche der "Jugendfront", der jedermann angehören muß, der zur Schule geht, eine Lehrstelle annimmt oder als Jungarbeiter irgendwo in Arbeit tritt. Als Dritte im Bunde kamen 45000 Generäle, Offiziere und Unteroffiziere, die ebenfalls wohlgeordnet

aufmarschierten und so, recht sichtbar, das Regime vertraten.

Selbstverständlich fehlte es auch nicht an Würdenträgern. Die Regierung, die "Gewerkschafts"bürokraten, die samt und sonders aus den Reihen der "Alten Garde" der faschistischen Staatspartei "Falange" stammen, Gouverneure der verschiedenen Provinzen, die ebenfalls diesem engen, zur Führung berufenen, Kreise angehören; kurzum, es war alles vertreten, um darzutun, daß Barcelona nicht irgendwo im Bereich des verachteten Liberalismus, sondern in Franco-Spanien liegt.

In einem Moment, in dem die christlich-demokratischen Politiker Europas - de Gasperi, Adenauer und Schuman - auf ihre Weise europäische Politik betreiben, ist es wohl nötig, darauf hinzuweisen, wie die maßgebenden höchsten Behörden der Kirche sich in Barcelona mit dem totalitären Spanien identifizieren. Die Tatsache, daß ein bekannter deutscher Politiker vergangener aber nicht vergessener Zeiten an dieser Tagung teilnimmt, macht die Dinge nicht besser. Es ist bekannt und soll gewiß nicht bestritten werden, daß Herr von Papen der katholischen Kirche angehört. Aber dies war ganz offenbar nicht der einzige Grund seiner Anwesenheit auf dem Eucharistischen Kongreß, der zu einer Parteiveranstaltung der "Falange" und des totalitären spanischen Staates umgestaltet wurde.

+ + +

Start zum Kulturkampf im Südwesten

Von unserem südwestdeutschen R.G.H.-Korrespondenten

Die katholischen Gläubigen der Erzdiözese Freiburg feierten am 25. Mai einen "Schul- und Erziehungs-sonntag". Man durfte mit Recht gespannt sein, in welcher Weise Erzbischof Dr. Wendelin Rauch sich hierzu äußern wird. Die Schulfrage ist bei der auch aus manchen anderen Gründen umstrittenen Bildung des südwestdeutschen Bundeslandes, das zwei Diözesen beherbergt, Freiburg und Rottenburg, ein besonders wichtiger Punkt der politischen Meinungsverschiedenheiten gewesen.

Das Hirtenwort des Freiburger Erzbischofs überrascht insofern,

als die Gemeinschaftsschule strikt abgelehnt wird, obwohl sie seit über 75 Jahren in Baden anerkannt ist und sich in den vergangenen Jahrzehnten bei der überwiegend katholischen Bevölkerung in Baden keine Widerstände dagegen gezeigt haben. Nun aber erklärt der Erzbischof seinen Gläubigen, die Gemeinschaftsschule könne die eigentliche Aufgabe der Erziehung und Bildung nicht erfüllen: Wobei man beachten muß, daß nunmehr nicht etwa nur von "religiöser Erziehung", sondern auch von der "Bildung" die Rede ist.

Die zweite Forderung des Erzbischofs, die unmittelbar in den politischen Bereich eingreift, bezog sich darauf, daß Kirche und katholisches Volk erwarten, man werde bei der Festlegung der Bestimmungen der südweststaatlichen neuen Verfassung den katholischen Grundsätzen Rechnung tragen und den katholischen Eltern "in echt demokratischer Freiheit" wenigstens die Möglichkeit geben, über die Erziehung ihrer Kinder selbst zu bestimmen. Begründet wird diese These mit der Behauptung, der Staat könne die Schule nicht ausschließlich beherrschen, weil die Eltern ein Recht auf ihre Kinder und damit auf die Schule hätten.

Das alles ist politisch eine Kampfansage gegen die Schultradition in Südwestdeutschland seit bald hundert Jahren und gegen die kulturpolitische Linie der Regierung des neuen Landes. Es ist nichts anderes, als eine Drohung mit der Entfesselung des Kulturkampfes; überflüssig, noch besonders auszuführen, daß unter den erzbischöflichen Forderungen sich auch die Konfessionalisierung der Lehrerbildungsanstalten befindet.

Man wird demnach in den nächsten Monaten einiges erwarten können das den Zweck hat, die katholische Volksseele ins Kochen zu bringen. Das wird nicht nur nach der Freiburger Fanfare auf den Kanzeln geschehen, es wird auch in dem Kampf der CDU und insbesondere bei ihrem altbadischen Flügel laut gegen die Stuttgarter Regierung ertönen. Die Altbadener haben soeben in Karlsruhe sich erneut zum Ziel der Wiederherstellung Altbadens bekannt, wollen ihre Gruppen in den badi-schen Landesteilen in einem Landesverband zusammenschließen, dessen Vorsitzender Leo Wohleb werden soll. Eine Unterschriftenaktion soll für eine Volksabstimmung über die kommende Verfassung und für die Auflösung der Verfassungsgebenden Versammlung werben, wobei zugleich erneut darüber abgestimmt werden soll, und zwar nach Landesteilen getrennt, ob die Badener den Südweststaat oder das alte Baden wollen.

So ist auf breitester Ebene eine Art Aufmarschplan für den Kampf um die politische Macht entworfen. Bedenkt man in diesem Zusammenhang noch die innerparteilichen Auseinandersetzungen in der FDP, so ist nicht zweifelhaft, daß in den kommenden Monaten die politischen Strömungen im Südwesten recht erregte Wellen schlagen werden.

Kirche und Arbeiterschaft

Das "Informationsblatt für die Gemeinden in den niederdeutschen lutherischen Landeskirchen" veröffentlichte in seiner Nummer vom 10.Mai Abschnitte aus einem Vortrag, den Dr. Franz SUCHAN auf der letzten Laien-Konferenz der Evangelischen Akademie Schleswig-Holstein zum Thema "Kirche und Arbeiterschaft" gehalten hat. In diesem Vortrag heißt es u.a.:

"Führende Männer der Kirche sind sich darüber klar, daß in Deutschland im Gegensatz etwa zu England und den skandinavischen Ländern von seiten der Kirche schwere Fehler gegenüber der Arbeiterschaft begangen worden sind und daß die Kirche die soziale Frage nicht erkannt hat ...

Es ist bekannt, daß die evangelische Kirche durch das Staatskirchentum in Deutschland immer in engster Zusammenarbeit mit den Monarchen und monarchischen Kräften gestanden hat. Darüber hinaus war durch die Patronatsverfassung ein direkter Einfluß der konservativ-feudalistischen Adelskreise auf die Kirche gegeben. Für die Arbeiterschaft mußte es sich also so darstellen, als gehe die Kirche durch dick und dünn mit den herrschenden Kräften, die als Klassenfeinde der Arbeiter betrachtet wurden. Die Arbeiterbewegung, die von Karl Marx und Friedrich Engels, Männern, die dem Großbürgertum entstammten, aus Mitleid mit der ausgebeuteten und unterdrückten Kreatur geschaffen wurde, und die sich naturnotwendig gegen die Ausbeuter und Unterdrücker in Politik und Wirtschaft wandte, mußte sich daher auch gegen die evangelische Kirche richten, die aufgrund ihrer damaligen Verfassung zum dienenden Glied eben dieser Unterdrücker wurde.

Die Kräfte in der evangelischen Kirche, die die praktische Liebestätigkeit organisieren und zu sozialpolitischem Einsatz bringen wollten, erkannten diese Situation nicht. Sie sahen in der Arbeiterbewegung nur den Atheismus, obwohl dieser vielfach gar nicht naturgegeben, sondern erst aus der politischen Situation entstanden war, und lehnten daher die Arbeiterbewegung strikt ab. Diese evangelischen Männer, die von der christlichen Liebestätigkeit her das Los der Unterdrückten bessern wollten, übersahen auch, daß eine entscheidende Besserung der Ausbeutungsverhältnisse gegenüber Arbeitern, Frauen, Greisen und Kindern nicht durch freiwillig hier und da einsetzende Hilfstätigkeit, sondern nur durch eine Änderung der Gesamtsituation und der gesamten Wirtschaftsverfassung möglich sein konnte. Die Kirche erkannte nicht, daß die Verhältnisse nur dadurch entscheidend geändert werden konnten, daß dem Eigentümer der Produktionsmittel gewisse Beschränkungen in deren Verwendung auferlegt wurden...

Der unterdrückte und entrechtete Mensch wünscht keine Almosen, sondern er verlangt ein Recht auf Besserung seiner Lebensumstände. Wer diese Tatsache nicht erkennt, der kann es auch nicht ernst sein

mit der wirklichen, uneingeschränkten Praktizierung christlicher Nächstenliebe. Die fundamentale Wichtigkeit dieser Tatsache gilt nicht nur für die Behandlung der Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit in früheren Jahrzehnten, sondern auch im Blick auf die Erwerbslosen, Heimatvertriebenen und andere deklassierte Schichten unserer Gegenwart...

Die evangelische Kirche hat schließlich in ihrem Verhältnis zur Arbeiterschaft auch darunter gelitten, daß sie sich allzu eng an den beherrschenden deutschen Politiker des vorigen Jahrhunderts (Bismarck) anlehnte. Dadurch trägt auch sie eine gewisse Mitverantwortung für die Bismarcksche Methode von Zuckerbrot und Peitsche, die sich darin ausdrückte, daß er zwar zeitweise gewisse sozialpolitische Erleichterungen durchzuführen bereit war, dafür aber eine rücksichtslose Bekämpfung der Arbeiterbewegung forderte und teilweise auch durchführte (Sozialistengesetz). Es hat sich auch hier gezeigt, daß es für die Kirche immer sehr mißlich ist, wenn ein bedeutender Politiker oder politische Bewegungen den Namen der Kirche für ihre politischen Ziele gebrauchen oder mißbrauchen, ohne daß sich die Kirche dagegen eindeutig zur Wehr setzt ...

Heute sind wesentliche Kräfte der evangelischen Kirche von der Notwendigkeit überzeugt, den Weg zur Arbeiterschaft zu finden. Objektiv hat die Kirche vor allem durch die Beschlüsse der Amsterdamer Kirchenkonferenz von 1948 wesentliche Voraussetzungen dafür geschaffen, daß zumindest von ihr aus keine politisch gegensätzliche Haltung gegenüber der Arbeiterbewegung eingenommen wird. In den Amsterdamer Beschlüssen ist ausdrücklich davon die Rede, daß die demokratische Staatsform, die es dem Bürger ermöglicht, seine Regierung jederzeit zu kritisieren und zu wechseln, diejenige sei, die den Auffassungen der evangelischen Kirche von der Organisation des Staatswesens am besten entspricht. Darüber hinaus ist an der liberal-kapitalistischen Wirtschaftsform, auch an ihren Verwirklichungsmöglichkeiten nach den neoliberalistischen Theorien, eine sehr ernste und entschiedene Kritik geübt worden, wobei die Entschlüsse zum Teil Formulierungen bieten, wie sie auch von sozialistischer Seite nicht anders gefaßt worden wären. Es ist auch klar zum Ausdruck gebracht, daß das Eigentum kein unbedingtes Recht mehr gewährt. Darüber hinaus ist für den nächsten Deutschen Evangelischen Kirchentag in Stuttgart eine Diskussion des Eigentumsbegriffes ausdrücklich vorgesehen...

Es taucht dabei die Frage auf, ob die evangelische Kirche in ihrer heutigen Form, ob vor allem die Gemeinde, an deren Glaubens-tiefe und an deren Überzeugungskraft heute so oft Kritik geübt wird, in der Lage sind, diese Aufgabe zu erfüllen. Es will manchmal so scheinen, als ob die etwas hektischen Bemühungen um die Arbeiterschaft und die Schaffung von Ersatzlösungen wie Sozialpfarrern, Evangelischen Akademien, Laienbewegungen, ja schließlich auch des ganzen Deutschen Evangelischen Kirchentages ein Beweis dafür sind, daß die Gemeinde in der überkommenen Form nun eben ihre großen und schweren Aufgaben in der Gegenwart nicht mehr voll erfüllen kann.